

(PM) 27.05.2021

Atomfreies 3-Ländereck e.V. meldet drohende Steuermittelverschwendung der BGZ dem Bund der Steuerzahler Deutschland



Foto: Atomfreies 3-Ländereck e.V.,
Im Bild (v.l.): Vereinsvorstandsmitglieder Rainer Lenzing und Thorsten Schäfer

Ungeachtet der zunehmenden Bedenken auf bundespolitischer Ebene und der anstehenden Prüfung der Standortentscheidung der BGZ durch ein von den Landesregierungen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen veranlasstes Gutachten, erfolgte kürzlich die [Auftragserteilung der BGZ](#) an die ARGE LoK Würgassen zur ersten Detailplanung des Bauvorhabens ZBL/LoK. Trotz fehlender Zustimmung der zuständigen Bezirksregierung aus Detmold sollen im Vorfeld Tatsachen geschaffen werden. Durch die eilige Erteilung des lukrativen Auftrags wurde nach Ansicht des Vereins Atomfreies 3-Ländereck eine rote Linie überschritten. Die Auftragsvergabe soll nun durch den Bund der Steuerzahler im Vorfeld überprüft werden.

Das Vorgehen der BGZ erinnert an die katastrophale Strategie von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in der Autobahnmaut-Affäre. Verantwortlich für die vorzeitige Auftragsvergabe zeichnet im Fall des atomaren Bereitstellungslagers Bundesumweltministerin Svenja Schulze und ihr geschäftsführender Staatssekretär Jochen Flasbarth. Im Vergleich mit dem nun drohenden finanziellen Desaster erscheint das Projekt Autobahnmaut von Herrn Scheuer fast bescheiden, denn die drohende Steuergeldverschwendung, unter anderem durch die vermeidbaren Transportkosten der geplanten Atommülldrehscheibe Würgassen, welche vornehmlich auf einer politischen und nicht auf einer sachlich fachlichen Entscheidung zu beruhen scheint, beläuft sich perspektivisch in Milliardenhöhe. Dass die Bewertung der Transport- und Betriebskosten kein Bestandteil des zur Standortauswahl angewandten, durch die BGZ selbst festgelegten Scorings gewesen ist, war einer der vielen eklatanten Versäumnisse der unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Standortfindung der Bundesgesellschaft.

Die beiden Amtsvorgänger von Svenja Schulze (SPD), sowohl [Prof. Dr. Klaus Töpfer \(CDU\)](#) als auch [Jürgen Trittin](#) (Grüne) kritisieren das Vorgehen der BGZ ebenfalls scharf. Während Herr Töpfer den starken Akzeptanz- und Vertrauensverlust zur Bewältigung der atomaren Probleme innerhalb der Bevölkerung beklagt, spricht sich Herr Trittin gegen die Umsetzung der Pläne mit der Brechstange aus. Zurecht befürchtet der aktive Bundespolitiker, dass das atomare Bereitstellungslager in Würgassen zur teuren Fehlplanung auf Kosten der Steuerzahler werden kann.

Experten gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2100 insgesamt [169 Milliarden EUR für die Entsorgung der atomaren Hinterlassenschaften](#) benötigt werden. Zur Finanzierung dieser Summe wurde die Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ errichtet. In diese Fonds zahlten die Energiekonzerne als überwiegende Verursacher der radioaktiven Abfälle ca. 23,2 Milliarden EUR, also weniger als 15% der zu erwartenden Kosten ein. Die jährliche Rendite und stetiger Zugewinn sollte zur Kapitaldeckung beitragen, so der Gedanke. Allerdings erwirtschaften die Staatsfonds nach einem [Bericht des DLF](#) nicht die erwarteten Zuwächse. Zeitgleich sorgen die steigenden Kosten der Zwischen- und Endlager, als auch das neu geplante Bereitstellungslager in Würgassen für höhere Ausgaben als gedacht. Nicht zuletzt die im März 2021 vereinbarte Entschädigungszahlung in Höhe von 2,4 Milliarden EUR an die Energiekonzerne dürfte die ohnehin angespannte Finanzlage noch weiter belasten. Angesichts solcher Summen sollte man schon bei Zeiten beginnen das Geld nicht unnützlich zu verschleudern, denn die sich abzeichnende Finanzierungslücke werden letztlich die Menschen im Land ausgleichen müssen.

Hintergrund: Die BGZ möchte ab 2023 durch den Bau einer 325mx125m großen Halle (das entspricht der Größe von drei Fußballstadien) die vorwiegend touristisch geprägte Weserberglandregion zur bundesweit einzigen Atommülldeponie aller schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Deutschlands machen. Ab 2027 sollen nach dem Willen des BMU und der BGZ über 300.000m³ Atomschrott für 30 Jahre zur Belieferung des Endlagers Konrad bei Salzgitter am Standort Würgassen, fernab überregionaler Verkehrsanbindungen, umgeschlagen werden. Die Standortentscheidung erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter vielfacher Missachtung der Vorgaben der Entsorgungskommission des Bundes. Sowohl die zu erwartenden Betriebskosten, als auch Kriterien der optimalen Transportsicherheit und des Strahlenschutzes fanden bei der Standortauswahl keinerlei Berücksichtigung. Die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck e.V. stellt sich dem Vorhaben des BMU und der BGZ entgegen und setzt sich für eine bestmögliche, sichere, ökologisch verträgliche und zugleich kosteneffiziente Entsorgung der atomaren Hinterlassenschaften, vor allem der vier Energiekonzerne Deutschlands als Hauptverursacher, ein. Weitere Informationen unter: www.atomfreies-dle.de